

„Maaßen fordert Verbot der Letzten Generation : Sicherheitsdebatte entbricht“

Dr. Maaßen von der WerteUnion fordert ein Verbot der „Letzten Generation“; nach gewalttätigen Aktionen an Flughäfen.

Reaktionen auf die Klimaproteste: Handelt die Politik schnell genug?

Berlin

Die Diskussion um die Protestaktionen der „Letzten Generation“ hat durch ihre jüngsten gewalttätigen Übergriffe auf die Flughäfen Frankfurt/Main und Köln/Bonn an Intensität gewonnen. Der Bundesvorsitzende der WerteUnion, **Dr. Hans-Georg Maaßen**, fordert vehement ein Verbot dieser Gruppierung und des dahinterstehenden Vereins RAZ e.V. Er bezeichnet die Organisation als „klima-sektiererisch“ und sieht in den Aktionen eine Unterwanderung rechtlicher Grenzen, die als kriminelle Vereinbarungen eingestuft werden sollten.

Die Rolle der WerteUnion in der aktuellen Debatte

Die WerteUnion, die aus einem CDU-nahen Verein hervorgegangen ist, propagiert eine Politik von Maß und Mitte und setzt sich für ein rechtstaatliches Deutschland ein. In den kommenden Landtagswahlen im September will die Partei in den

Bundesländern Sachsen, Thüringen und Brandenburg antreten. Das Verbot der „Letzten Generation“ und eine härtere Gangart gegen die Klimaprotestler könnte also auch ein politisches Signal der WerteUnion in diese Wahlen hinein sein.

Dringender Handlungsbedarf gefordert

Maaßen richtet seine Forderung direkt an **Nancy Faeser**, die Bundesinnenministerin, und drängt auf ein entschiedenes Vorgehen: „Handeln Sie endlich gegen die kriminellen Klima-Kleber!“ Dabei bezieht er sich auf die unzureichenden Sicherheitsvorkehrungen an den Flughäfen und kritisiert mildere Urteile, die anscheinend die Proteste eher belohnen als unterbinden. Beispielhaft nennt er den Fall von **Lilli Gomez**, die wegen Sachbeschädigung an der Berliner Weltzeituhr lediglich eine Geldstrafe von 1.800 Euro erhielt, während die Staatsanwältin eine Haftstrafe gefordert hatte.

Umfassende rechtliche Einordnungen

Die Protestaktionen der „Letzten Generation“ könnten laut Maaßen und anderen rechtlichen Experten mehrere Straftatbestände erfüllen, die von Sachbeschädigung bis hin zu gefährlichen Eingriffen in den Luftverkehr reichen. Diese rechtlichen Einschätzungen sind wichtig, um zu klären, wie die Politik mit solchen extremen Formen des Protestes umgehen sollte, ohne dabei das Eigentum und die Sicherheit der Öffentlichkeit zu gefährden.

Die Stimme der Sicherheitskräfte

Der stellvertretende Bundesvorsitzende der Gewerkschaft der Bundespolizei, **Manuel Ostermann**, äußert sich ebenfalls kritisch zu den Klimaprotesten und ruft dazu auf, dass die Politik „wach werden“ müsse. Anliegen seiner Aussage ist es, die Wichtigkeit der nationalen Sicherheit und der öffentlichen Ordnung zu betonen, die durch solche Aktivitäten gefährdet

werden können.

Fazit: Politisches Handeln im Zeichen des Wandels

Die anhaltenden Auseinandersetzungen um die „Letzte Generation“ verdeutlichen nicht nur ein wachsendes Problembewusstsein in der Gesellschaft, sondern auch die Herausforderungen, denen sich die Politik gegenüber sieht. Es bleibt abzuwarten, ob die Forderungen der WerteUnion und anderer Parteivertreter Gehör finden und wie sich die rechtlichen Rahmenbedingungen für künftige Protestaktionen entwickeln werden.

Mehr Informationen zur WerteUnion finden Sie auf werteunion.de.

- **NAG**

Details

Besuchen Sie uns auf: n-ag.de